* **Erfurt**, 19. April. Etwa 700 Personen hatten sich gestern Nachmittag in „Vogel's Garten" zu einer Gedächtnißfeier für den Fürsten Bismarck eingefunden. Divisionspfarrer Falke hielt die Festrede. An der über eine Stunde dauernden ernsten Feier nahmen auch Regierungspräsident v. Derenthall, Landgerichtspräsident Ebnetich, Oberbürgermeister Dr. Schmidt und sonstige Mitglieder der Staats- und Communalbehörde Theil.

⊙ **Gotha**, 20. April. (Telegramm.) Der Herzog von Connaught ist heute hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Herzoge und den Mitgliedern der herzoglichen Familie empfangen worden.

* **Gotha**, 19. April. In der heutigen Conferenz des Ministeriums mit der Verwaltungs-Commission wurde eine Vereinbarung mit dem Ministerium über die Behandlung der Gesindeordnung nicht erzielt. Das Ministerium stellt sich, dem „Cob. Tgbl." zufolge, auf den Standpunct, daß die Gesindeordnung eine gemeinschaftliche Angelegenheit sei. Dem gegenüber erhoben die coburgischen Abgeordneten den Competenz-Conflict, weil die Gesindeordnung nicht zur Zuständigkeit des gemeinschaftlichen Landtags gehöre. Die Verwaltungs-Commission theilte sich darauf in eine Minorität und eine Majorität. Die Majorität (die vier gothaischen Abgeordneten) beschlossen, die Berathung der Gesindeordnung im gemeinschaftlichen Landtag zu beantragen, während die Minorität (die coburgischen Abgeordneten) beantragten, auf die Berathung der Gesindeordnung nicht einzugehen. Die socialdemokratische Fraction will die gesammte Gesindeordnung überhaupt ablehnen, weil sie will, daß das gesammte Gesinde der Gewerbeordnung unterstellt werde. Ob in der öffentlichen Landtagssitzung, welche in den nächsten Tagen stattfinden wird, eine Einigung noch zu erzielen ist, steht nicht fest.

w. **Arnstadt**, 20. April. Der Kaufmann Rinck hier, der, wie gemeldet, vom Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zum lebenslänglichen Mitglied des Landtags ernannt worden ist, war bereits von den Höchstbesteuerten der Oberherrschaft als Landtagsabgeordneter gewählt worden. Es hat sonach eine Neuwahl stattzufinden. Außerdem ist noch eine Ersatzwahl zum Landtag für den verstorbenen Justizrath Bärwinkel vorzunehmen.

⊙ **Reichenbach i. Schl.**, 20. April. (Telegramm.) Von den 220 noch ausständigen Webern der Firma Weyl & Nassau zogen nach dem Empfange von Streikgeldern heute Mittag 150 Mann in den Fabrikhof und forderten lärmend ihre Entlassungspapiere und den Lohn für die nicht fertig gemachten Webstücke, die Abrechnung konnte aber, schon aus technischen Gründen, nicht erfolgen. Als die Polizei erschien, zerstreute sich die Menge. Der Betrieb in der genannten, wie in anderen Fabriken ist nicht unterbrochen.

⊙ **Darmstadt**, 20. April. (Telegramm.) Die Zweite Kammer nahm nach dreitägiger Verhandlung in namentlicher Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen den Antrag an, bei den Landtagswahlen das directe Wahlrecht einzuführen. Ein an die Regierung gerichtetes Ersuchen um Beseitigung der bestehenden Beschränkungen in Betreff der Steuerzahlung und wegen Einführung von geschlossenen Briefdecken bei der Wahl wurde ebenfalls angenommen. Der Antrag des Abg. David, die Wahl am Sonntag vorzunehmen, wurde abgelehnt.

W. **Stuttgart**, 19. April. Mit dem Kaiser kommt auch die Kaiserin anläßlich der Kaiser-Parade im Herbst hierher; beide werden vom 5. bis 9. September im Residenzschlosse Wohnung nehmen. — Die Abgeordnetenkammer steht in der Etatsberathung jetzt am Justizetat. Justizminister Dr. von Breitling kündigte in der heutigen Sitzung einen Nachtragsetat an, durch welchen die Posten der Reorganisation der freiwilligen Gerichtsbarkeit befriedigt werden sollen. In Betreff der Einführung der Berufung gegen Strafkammerurtheile erklärte der Minister, die Regierung stehe der Frage wohlwollend gegenüber, man müsse sich jedoch wegen der Ueberlastung der Justizverwaltungen noch einige Jahre gedulden, und in dieser Zeit werde sich auch die Frage klären, ob es räthlich sei, die Strafkammer auch mit Laien zu besetzen. Unter Beifall bemerkte der Minister, er sei für jede Anregung zur Abstellung von Beschwerden dankbar, er betrachte es als seine Lebensaufgabe, das Ansehen der Justiz zu heben. Eine Beschwerde über die Ansprache des Schwurgerichtsvorsitzenden an die Geschworenen beim Heilbronner Wahlmannsproceß wies der Minister als unbegründet zurück. — Die hiesige Oberbürgermeisterwahl findet am 19. Mai statt. Eine Anzahl angesehener Bürger aus verschiedenen Parteien und Berufskreisen haben dem seitherigen Stellvertreter des Stadtvorstandes, Gemeinderath Gauß, die Candidatur angetragen.

* **München**, 19. April. In der bayerischen Abgeordnetenkammer hat die bayerische Centrumspartei zu einem Schlage gegen die Regierung ausgeholt. Ein Antrag Lenno forderte die Abschaffung der seit langer Zeit bestehenden Amortisationsgesetze, durch welche den Klöstern gewisse Erwerbsbeschränkungen auferlegt werden. Gerade in den letzten Jahren sind wiederholt sehr wenig schöne Erbschleichereien durch Klosterangehörige gerichtlich aufgedeckt worden. Nun donnerte gestern der Centrumsführer Daller in schärfster Tonart gegen das „lächerliche, unmoralische, ungerechte" ꝛc. Ausnahmegesetz. Dem gegenüber führte Cultusminister Dr. von Landmann u. A. aus:

> Zweck und Bedeutung der Amortisationsgesetze besteht zum Theil darin, die Interessen armer Verwandter zu wahren. Gegen diesen Gesichtspunct ist geltend gemacht worden, daß schon im kanonischen Rechte die Interessen armer Verwandter gewahrt seien und der Schutz dieser Gesetze solle den Bischöfen überlassen bleiben. Die Befugnisse des Episkopats gegenüber den Klöstern sind aber häufig sehr beschränkt. Wie ein Vorfall aus jüngster Zeit erst gezeigt hat, sollte auf eine Beschwerde hin der Bischof gegen ein Kloster eingreifen; die Antwort war jedoch: Der Orden ist exempt. Es ist also besser, sich auf den Schutz des Landesherrn zu verlassen, als auf den eines Ordensgenerals in Rom. Ausnahmegesetze sind die Amortisationsgesetze nicht . . . Das Gesetz ist überdies auch nicht so bedrückend für die Kirche, wie dargestellen versucht wurde, denn erstens ist es bisher nur sehr mild gehandhabt worden und zweitens wirkt es hauptsächlich zum Schutze der Klöster. Es wurden auch erst vor nicht langer Zeit diese Klagen laut, als ein Kloster, das hauptsächlich der Ausbildung weiblicher Zöglinge diente, den dritten Theil eines Vermächtnisses zu Gunsten einer Verwandten herausgeben mußte. Und doch war diese Regelung der Sache mehr im christlichen Sinne, als wenn das Kloster Alles behalten hätte.

Trotzdem wurden die Centrumsanträge mit 75 gegen 68 Stimmen angenommen, indem die Socialdemokraten und ein Theil der Bauernbündler mit dem Centrum stimmten. Allerdings dürfte, wie das in Bayern schon wiederholt geschehen, die Erste Kammer auch hier den allzu weit gehenden klerikalen Treibereien in der Zweiten Kammer einen Riegel vorschieben. Bezeichnend ist aber, daß die Centrumsführer drohten, sie würden das ganze Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch verwerfen, also die rechtzeitige Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches in Bayern hintertreiben, wenn ihr Klosterantrag nicht angenommen werde!

Oesterreich-Ungarn.

Arbeiterunruhen.

* **Prag**, 20. April. (Telegramm.) In Georgenthal feiern über 200 Weber und Weberinnen. Sie verlangen Lohnerhöhung und Freigabe des ersten Mai. In der Bodenbacher Knopffabrik von Pächter ist eine Anzahl von Arbeitern ausständig, wodurch die Kündigung anderer nothwendig geworden ist. Der Fabrikant will eine geringe Lohnerhöhung bewilligen, mit der die Arbeiter aber nicht einverstanden sind. — In Ringelshain und Schönbach ist ein Bauarbeiter-Ausstand ausgebrochen. Verhandlungen zur Beilegung der Ausstände sind im Zuge. Gestern fanden Ansammlungen statt, bei denen es zu keiner Ruhestörung kam. Nach einer gestern in Budweis abgehaltenen Versammlung des politischen Vereins „Budoucnost", in der die Vorschläge der Baumeister erörtert worden waren, versuchten etwa 1000 Arbeiter, durch die Straßen zu ziehen, wurden aber von der Polizei zerstreut. Eine Verhaftung wurde vorgenommen. Zahlreiche israelitische Geschäftsleute schließen ihre Läden. Die Nacht verlief ruhig. Heute wurden auf einem Bauplatze arbeitende Personen mit Steinen beworfen. Heute Vormittag ist eine zweite Versammlung des „Budoucnost" ruhig verlaufen.

Frankreich.

Dreyfushandel.

* **Paris**, 20. April. (Telegramm.) Von gut unterrichteter Seite wird versichert, daß entgegen den Berichten mehrerer Blätter der Cassationshof gestern keinen Beschluß wegen vorzunehmender Confrontationen gefaßt habe. Ebenso heißt es, Ballot-Beaupré werde seinen Bericht erst am 27. d. M. fertig stellen, so daß der Spruch des Cassationshofes nicht vor Ende der ersten Woche des Monats Mai werde erfolgen können.

* **Paris**, 20. April. (Telegramm.) Frau Pays gab ihre Erklärungen zu den Aeußerungen ab, die die Pförtnerin ihr in den Mund gelegt hat. Sie stellt so ziemlich Alles in Abrede, was ihr oder Esterhazy unbequem ist. Esterhazy will sie nur zwei Mal gesehen haben, das erste Mal, um ihn zu bitten, sie von der Zeugenschaft im Proceß zu dispensiren, das zweite Mal habe sie ihn ersucht, sie über den Ausgang des Processes gegen du Paty de Clam zu beruhigen. Die Generale Boisdeffre, Pellieux und Mercier will sie niemals gesehen haben. Sie erkennt als richtig an, daß am Tage der Verhaftung des Obersten Henry drei Personen zu ihr gekommen seien, es seien aber nicht Officiere, sondern Journalisten gewesen. Frau Pays stellt ferner in Abrede, die Namen der Verfasser des Bordereaus genannt zu haben; wenn sie das könnte, würde sie es sagen. Henry will sie nur zwei Mal gesehen haben, um die Zeit seines Duells mit Picquart. Esterhazy solle gesagt haben: „Ich bin sicher, daß Sie Dreyfus dieselben Scheußlichkeiten angethan haben, wie mir. Dreyfus wird Dank den Beziehungen der tapferen Vertheidiger zurückkehren, während ich verurtheilt bleiben werde." Schließlich erzählte Frau Pays, wie Esterhazy davon benachrichtigt wurde, daß er angezeigt werden sollte. — Hauptmann Lebrun-Renault erzählte die bereits bekannte Geschichte von dem angeblichen Geständnisse Dreyfus' und sagte weiter, er habe die Worte Dreyfus' nach der Degradation mehreren activen Officieren und Reserveofficieren mitgetheilt. Als die Zeitungen über diesen Gegenstand berichteten, habe ihn der Kriegsminister ins Elysée geschickt. Der Präsident der Republik Casimir Périer habe ihn über Dreyfus' Haltung befragt und sich danach erkundigt, ob er, Lebrun-Renault, darüber mit Journalisten gesprochen habe; er, Lebrun-Renault, habe geantwortet, es möchten sich vielleicht unter den Reserve-Officieren einige Journalisten befunden haben. Im October 1897, als die Campagne zu Gunsten Dreyfus' begann, habe General Gonse ihn zu sich berufen, um sich die Geständnisse Dreyfus' schriftlich wiederholen zu lassen. Anfang Juli 1898 habe er den Kriegsminister Cavaignac auf dessen Verlangen den Text seiner Worte mitgetheilt. Nachdem Cavaignac von seinen, Lebrun-Renault's, Aufzeichnungen in der Kammer Gebrauch gemacht habe, habe er sie vernichtet, da sie nunmehr unnütz erschienen seien. (!!) Ueber die Ereignisse vom 5. Januar habe er nur den gewöhnlichen Rapport erstattet, nämlich: „Der Dienst begann und endete um die und die Zeit." In der Rubrik „Besondere Bemerkungen" habe er eingetragen: „Nichts zu bemerken." — Hauptmann Guérin sagte aus, daß er die Erzählung Lebrun-Renault's über Dreyfus' Geständnisse gehört habe. Die anderen militärischen Zeugen gaben an, daß sie von den Geständnissen Dreyfus' durch andere Obrecuzeugen unterrichtet worden seien. General Darras, der die Truppen bei der Degradation commandirte, machte keinerlei Aussagen von irgend welchem Interesse.

Belgien.

Grubenarbeiterstreik.

* **Lüttich**, 20. April. (Telegramm.) Im Kohlenbecken von Seraing ist heute die Lage sehr viel ernster geworden. Es arbeiten kaum einige Arbeiter. In einer Versammlung beglückwünschte der Deputirte Smets die Arbeiter der Kohlenbergwerke von Cockerill, daß sie sich dem Ausstande angeschlossen hätten. Der Vorstand des Kohlenbergwerks Kessales bietet den Arbeitern eine Erhöhung der Löhne an, die anderen Vorstände sind ebenfalls hierzu geneigt, aber die Ausständigen weigern sich nichtsdestoweniger, zu arbeiten. In Herstal ist kein Arbeiter ausständig.

Spanien.

Carlismus.

* **Granada**, 20. April. (Telegramm.) Es verlautet, die Carlisten beabsichtigten, an der Küste von Motril Waffen zu landen. Infolge dessen wird die Küstengegend von zwei Compagnien bewacht.

Orient.

Eisenbahnbauten.

* **Konstantinopel**, 20. April. (Telegramm.) Der serbische Gesandte Nowakowitsch überreichte der Pforte am 18. d. M. eine Note, in der an die Note Serbiens vom 30. Juli 1898 bezüglich der Bahnverbindung zwischen dem Schwarzen Meere und dem Adriatischen Meere erinnert und mitgetheilt wird, daß die rumänische Linie bereits vollendet ist und nunmehr die Vorarbeiten für die Donau-Brücke beginnen sollen. Gleichzeitig wird in der Note der Wunsch Serbiens ausgesprochen, vor der bevorstehenden Vergebung des Baues der serbischen Eisenbahnlinie den türkischen Anschlußpunct kennen zu lernen.

Asien.

Philippinen.

* **Washington**, 20. April. (Telegramm.) 14 000 Mann reguläre (!) Truppen werden, sobald die Transportschiffe bereit sind, zur Verstärkung der Armee des Generals Otis nach Manila abgehen.

* **London**, 20. April. (Telegramm.) Der „Standard" meldet aus Washington vom 19. d. M.: der Präsident, der Kriegsminister, der Marinesekretär und General Corbin erörterten heute die Lage auf den Philippinen. Angesichts einer vertraulichen Drahtung des Generals Otis beschlossen sie vorläufig, die vom Congresse bewilligten Freiwilligen nicht einzuberufen, sondern die Armee auf den Philippinen durch reguläre Truppen derartig zu verstärken, daß sie nach Heimsendung aller Freiwilligen, die nicht länger dienen wollen, nahezu 30 000 Mann stark sein werde. Die betreffenden Truppenbewegungen werden in der ersten Maiwoche beginnen. (Voss. Ztg.)

Südsee.

Samoa.

* **New York**, 19. April. (Telegramm.) Der amerikanische Kaufmann Moses in Samoa, ein alter Freund Mataafa's, schreibt in einem vom 23. März datirten, hier veröffentlichten Briefe, die Mataafaleute seien bereit gewesen, den Anordnungen des Admirals Kautz sich zu fügen; sie gaben ihre Gefangenen frei unter der Bedingung, daß sie nicht bewaffnet würden. Aber der englische Consul Maxse begann damit, die zurückgekehrten Tanuleute zu bewaffnen, die sich brüsteten, sie würden die Mataafaleute mit Hilfe der Kriegsschiffe bezwingen. Die Mataafaleute, die so unerwartet gereizt wurden, beschlossen, zu kämpfen, indem sie erklärten: Unsere Sclaven sollen uns nicht beherrschen. Indessen haben die Mataafaleute nicht ein einziges Haus der Europäer zerstört, obwohl sie einen Theil von Apia in ihrem vollen Besitze hatten, während die Geschütze der „Porpoise" Alles, was sie treffen konnten, zerstörten. Moses schreibt weiter, zur Unterjochung der Samoaner würden 10 000 Mann erforderlich sein. Die Samoaner seien tapfer im Gefecht für eine gerechte Sache; er hoffe, daß dies bald eingesehen und gewürdigt werde. (Magdeb. Ztg.)

Militär und Marine.

— Das Königs-Ulanen-Regiment (1. hannoversches) Nr. 13 in Hannover, dessen Chef der Kaiser ist, wird in diesem Jahre zur Theilnahme an den Kaisermanövern in Süddeutschland herangezogen werden. Die Hinfahrt des Regiments wird vermittels Eisenbahn erfolgen, während der Rückmarsch zu Pferde unternommen werden soll.

⊙ **Berlin**, 20. April. (Telegramm.) Der Kreuzer „Cormoran", Commandant Capitän Emsmann, ist am 19. April in Sydney eingetroffen. — Die Besatzung für den neuen Kreuzer „Hansa" ist am 19. April von Wilhelmshaven nach Kiel in Marsch gesetzt und dort eingetroffen. — Die 5. Torpedobootsdivision ist am 18. April in Sonderburg angekommen und am 19. April von dort in See gegangen. — Die 4. Torpedobootsdivision ist am 18. April in Warnemünde angekommen und am 19. April nach Flensburg in See gegangen.

Eine Toilette-Gesundheitsseife,

welche für die Pflege der Haut von wohlthätigstem Einfluß, hierdurch für die Gesundheit und das Wohlbefinden von größter Bedeutung, ist nach der Ansicht hervorragender Mediciner die Patent-Myrrholin-Seife, welche alle Eigenschaften besitzt, um sie weit werthvoller als gewöhnliche Seife für den täglichen Gebrauch zu machen. Ueberall, auch in den Apotheken erhältlich.

Man gebraucht jetzt allgemein als Mund- und Zahnwasser das so schnell beliebt gewordene „Kosmin", weil es nachgewiesenermaassen die Zähne conserviert, den Mund erfrischt und das Zahnfleisch kräftigt. In dieser Wirkung und durch den überaus angenehmen Wohlgeschmack übertrifft „Kosmin" alle anderen Mund- und Zahnwässer. Flacon Mk. 1.50, mehrere Monate ausreichend. Käuflich in allen besseren Drogerien, Parfümerien, Apotheken.

Grösstes Erstes Hotel Deutschlands

Central-Hotel, Berlin.

500 Zimmer von 3 Mk. — 25 Mk.

Gegenüber Centralbahnhof Friedrichstrasse.

Bei Verstopfung.

Käuflich bei allen Apothekern, Drogisten und Mineralwasser-Händlern.

Wenige Mineralwässer sind so weit verbreitet und erfreuen sich einer so allgemeinen Beliebtheit, wie das seit zwanzig Jahren bewährte **Franz Josef-Bitterwasser**, wovon die in vier Welttheilen zuerkannten zehn Goldmedaillen glänzendes Zeugniß ablegen. Ueberall erhältlich.

Ilodin Unübertroffen zum Zähnereinigen und zu Mundspülungen.

Gegen alle Arten Hautunreinigkeiten,

Röthe, Flechten, Pickel, Sommersprossen.

thatsächlich ohne Gleichen sind nur die

Carboltheerschwefel-Seife.

Aechteste allein echte Marke: Dreieck mit Erdkugel und Kreuz. Ueberall zu 50 Pfg. per Stück käuflich. Man hüte sich vor Nachahmungen.

Haupt-Depot in Leipzig: Hofapotheker R. Lux.

Gas-Kronen, Gas-Hängelampen, Speisezimmer-Kronen

empfehlen in reichhaltigster Auswahl

Schubert & Sorge,

Grimmaische Straße 5, I., Aufgang Reichsstraße 1.

Synagoge.

Gottesdienst Freitag Abend 7 Uhr 15 Min.
Sonnabend früh 8 Uhr 30 Min.
Sonnabend Nachm. 4 Uhr 15 Min.
Jugendgottesdienst.

später sollen der Reihe nach die anderen Facultäten folgen (die juristische, medicinische, philosophische und naturwissenschaftliche). 1897 waren an dieser Universität 47 Studenten.

Unter den Studenten herrscht die strengste Disciplin. Sie müssen in besonderen Internaten wohnen, aus denen sie sich nicht länger als bis 7 Uhr Abends an Werktagen, und nicht länger als bis 10 Uhr Abends vor den Festtagen entfernen dürfen. Sie müssen stets in der Uniform gehen. Jeder Student muß zwei Bürgen in der Universitätsstadt haben, die für seine Aufführung verantwortlich sind. Mit einem Wort, der japanische Student wird rein als Schüler behandelt; er hat nur eine sehr geringe Vorstellung von der Gesellschaft und von all dem, was außerhalb der Universitätsmauern vorgeht.

Außer den aufgezählten vorwiegend allgemein bildenden Anstalten giebt es in Japan noch eine ganze Reihe von Specialschulen, zu denen die Normalschulen, die technischen, die Handelsschulen und einige andere zu rechnen sind.

Die Normalschulen zerfallen in niedere und höhere, und haben den speciellen Zweck, Lehrer auszubilden — die ersteren für die Elementarschulen, die anderen für die Mittelschulen und für die niederen Normalschulen. In diese Anstalten werden junge Leute von 17 bis 20 Jahren mit großer Vorsicht aufgenommen. Alle Kosten ihres Unterhalts trägt bei den höheren Schulen der Staat, bei den niederen die Communen, aber dafür sind dann die Zöglinge verpflichtet, nach Beendigung ihres Cursus beim Unterrichtsministerium zu dienen, und in den ersten drei Jahren dahin zu gehen, wohin sie das Ministerium schickt. Für die Mädchen sind diese Termine entsprechend kürzer gestellt, auf 5 und 2 Jahre.

An niederen Normalschulen gab es in Japan Ende 1897 47 mit 6921 Studenten (darunter 720 Mädchen). Bemerkenswerth ist, daß die Zahl der Mädchen, die diese Schulen besuchen, fortwährend abnimmt, und dies muß offenbar dem Umstand zugeschrieben werden, daß sich den Mädchen immer neue Gebiete der Thätigkeit eröffnen, wie bei der Post, bei dem Telegraphen- und Telephondienst, die zwar weniger angesehen, aber dafür vortheilhafter sind, als der Beruf der Lehrerin.

An höheren Normalschulen giebt es je eine für die männliche und für die weibliche Jugend, wobei die erstere Ende 1897 420, die andere 171 Studirende hatte.

Unter dem Namen Specialschulen sind in Japan Lehranstalten bekannt, in denen einer oder mehrere Zweige des Wissens vorgetragen werden, wie Medicin, Pharmacie, Recht, politische Oekonomie, Literatur u. a. Diese Anstalten stehen bezüglich des Umfanges des Unterrichts mit den Universitätsfacultäten ziemlich in einer Reihe, aber es werden in sie Personen mit einem niederen Bildungsgrade aufgenommen, als auf die Universitäten. Die Zöglinge dieser Schulen erlangen recht solide Kenntnisse ihres Faches und aus ihnen recrutirt sich das Contingent der Journalisten, Advocaten und überhaupt verschiedener Specialisten. Ende 1897 bestanden in Japan 44 Schulen solcher Art mit 9854 Studenten; 4 von ihnen wurden auf Kosten verschiedener Gemeinden und 40 aus Privatmitteln unterhalten.

An technischen und Handelsschulen gab es in Japan im Jahre 1897 80; davon standen 5 unter der Leitung des Unterrichtsministeriums, 58 unter der Leitung verschiedener Gemeinden und 17 unter der Leitung von Privatpersonen. Die Staatsschulen dieser Art erweisen sich als die höheren Lehranstalten; dahin gehört das Landwirthschaftliche Institut in Sapporo (auf der Insel Jesso) mit 173 Hörern, eine höhere Handelsschule (736 Hörer), die technischen Schulen in Tokio und Osaka (283 und 112 Hörer) und die Kunstschule in Tokio (286 Hörer). Die anderen Schulen dieser Art stehen bedeutend niedriger als die Staatsschulen, und haben den Zweck, hauptsächlich praktische Kenntnisse zu verbreiten auf dem Gebiete des Handels, der Industrie und der Landwirthschaft.

Im Jahre 1897 wurde auf Initiative des Parlaments bei der höheren Handelsschule eine besondere Schule für fremde Sprachen errichtet; sie zählte zu Ende des genannten Jahres schon 284 Studenten.

Außer den vorstehend aufgezählten besteht in Japan noch eine ganze Reihe von Schulen verschiedener Art und Grade, die aber der oben erwähnte japanische Bericht nicht classificirt. Dahin gehören die ziemlich zahlreichen Schulen der Missionare, sowie ferner die altjapanischen Schulen (im Typus der Schulen vor der Reform), in denen nur die japanische und chinesische Literatur gelehrt wird. Solcher Schulen giebt es in Japan über Tausend mit 68 000 Schülern.

Es giebt in Japan auch noch eine Reihe von Militär- und Marineschulen, aber sie gehören nicht in das Ressort des Unterrichtsministeriums und stehen, wie auch anderwärts, unter den Militär- und Marinebehörden.

Auf die Unterhaltung der oben beschriebenen Schulen, deren Zahl sich auf 30 000 beläuft, verwendet die Regierung eine verhältnißmäßig geringe Summe, weil die gesammten Kosten des Unterrichtsministeriums im Jahre 1897 nur 2 945 167 Yen betrugen. Alle übrigen Kosten, in Summa von 18 669 049 Yen, wurden durch Ortsanlagen, sowie durch die Beiträge von Gemeinden und Privatpersonen gedeckt.

Japan hat in seinem Schul- und Bildungswesen in kurzer Zeit einen großen Fortschritt gemacht. Am meisten zu bewundern ist dabei die bedeutende communale und private Selbsthülfe. Das ist doch ein Beweis, daß die Schule überhaupt in Japan keine ganz neue Institution sein kann. So ist es auch in der That. Die Nachrichten über das Unterrichtswesen in Japan aus alter Zeit fließen spärlich, aber seit der Zeit Ojin-Tenno's (Tenno = Kaiser; 270 n. Chr.) beschäftigten sich die japanischen Kaiser viel mit der Bildung ihres Volkes. Unter Temmu-Tenno (7. Jahrhundert) bestand schon ein ganz nach chinesischem Muster eingerichteter Unterricht mit einer Universität (in Kioto) und vielen Gymnasien, denen sich bald zahlreiche Privatakademien anreihten; sie verfielen aber bald und nur für den Stand der Samurai (Kriegerkaste) gab es öffentliche Schulen, während sich die anderen Stände mit Privatschulen begnügen mußten. Diese müssen aber auch sehr verbreitet gewesen sein, wie man aus den nachfolgenden Mittheilungen des damaligen Capitäns zur See Reinhold Werner („Reiseberichte über China, Japan und Siam", 2. Auflage. 1873) schließen kann. Sie lautet:

„In Japan werden die Kinder im siebenten und achten Jahre zur Schule geschickt, lernen dann aber desto schneller. Die Schulbildung des Volkes ist noch allgemeiner als in China. Während sie sich dort meistens nur auf den männlichen Theil der Bevölkerung erstreckt, schließt sie hier auch das weibliche Geschlecht mit ein, obwohl es ebenfalls nur Privatschulen im Lande giebt. Die Dienstmädchen in Japan benutzen ihre freie Zeit, um sich gegenseitig freundschaftliche Briefe zu schreiben, und der mit Lumpen bedeckte Kuli überrascht durch sein Verständniß des Lesens und Schreibens. Nach dem, was wir von der Volksbildung gesehen haben, kann es nur wenig Procent der Bevölkerung geben, die des Lesens und Schreibens unkundig wären." (Seite 345.)

Mag die Schätzung des Procentsatzes der Analphabeten bei Werner auch etwas optimistisch sein — die Hauptsache ist, daß seine Beobachtungen aus den Jahren 1861—62 stammen, also aus einer Zeit, die um 10 Jahre der Reform des Unterrichtswesens vorangeht. Damit ist wirklich bewiesen, daß die Schule als solche in Japan schon vor der Reform blühte; die Reform gab ihr nur einen anderen, den europäischen, Charakter und eine vielseitigere Gestaltung.

J. Wurth.